

Leipziger Tageblatt und Handelszeitung.

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Nr. 259.

Mittwoch 18. September 1907.

101. Jahrgang.

Bezugs-Preis

Der Preis des Blattes... monatlich 1.50 M.

Einzelnen-Preis

Der Preis des Blattes... 10 Pfennig.

Das Wichtigste vom Tage.

- Die 'Nordd. Allg. Stg.' veröffentlicht eine offizielle Auslösung über die Ausführung des Knappschäfts-Gesetzes.
Die schleswigsche Regierung hat den Brems-Erlass des Ministers a. D. Studt durchbrochen.
Die Wiener 'Neue Freie Presse' meldet: Da eine Einigung über die Erhöhung der ungarischen Quoten an der seitens Ungarn erhobenen Forderung der Kompensation gescheitert ist...

Der Eiertanz der Konservativen.

In ihrem Eifer, die Massen der Abtrünnigen zurückzuhalten, vollführen die Konservativen einen wahren politischen Eiertanz. Die Parteileitung will offenbar in aller Geheimhaltung das wieder zu machen, was während der Amtszeit des Herrn Graedelius im Vorstande des Landesvereins und während der Abwesenheit des Herrn Dr. Wehnert verfallen ist...

Werbungs ist der Antrag des Vorstandes in der Sitzung am 3. Juli lastend gekommen. Aber wenn der neue Parteivorstand die Einladung mit keinem Namen schickt, nachdem alle namhaften Kandidaten wiederholt verweigert haben, das alles in Ruhe und Frieden verlaufen, das die Generalversammlung eine 'impolante' Ausdeutung der Einigkeit werden würde...

Rationalisten ihnen schon vorgemacht haben, und wie die Konservativen sich ein Wohlrecht denken, das eine 'vaterländisch gekante Mehrheit' garantiert, weiß man ja zur Genüge.

Japan und Kanada.

Sir Edward Grey sieht in Schottland foren. Er ist nun einmal ein früherer Champion-Fischer und ein kalibrierter Fischereidirektor. Aber Sir Charles Darnley war ja aus Maritima und Wilhelmshöhe zurückgekehrt, mit dem König Edward auf der Victoria Station jubelnd empfangen, von einer Bevölkerung, die ganz von der Glorie des Peace-Making berauscht ist.

In London war die Verlesung aller Sprechstücke von Downing Street so reich gemeint, daß sie ihnen die Sprache völlig verlor. Heute man hätte: 'Lag für Tan Oel in das schlummernde Japan japanischer Empörung über 'Moralität' unter' im japanischen Geist zu gehen vermag, so bemerkte man mit ritem Erstaunen, daß man die gelbe, zur imaginären Gefahr ante portas hatte, daß mit der wichtigsten Kolonie ein höchst verhängnisvolles bevorstehe, und daß durch ein Willkür die Japaner die Macht des Abkommens, auf dem die ganze neue Weltpolitik Englands beruht, vor einem mehrfachen und unheimlichen internationalen Ansturm exponiert wurde.

Die Union hat man die Behauptung 'der Times' und des 'Telegraph', daß amerikanische Konsulanten den Weg in Victoria und Seattle in Vancouver geistlich hätten, zutage ausgedeckt. In der Union weiß man schon länger, daß die gelbe Frage eine Lebensfrage für das politische Amerika ist, denn demselben Range wie die Frage, ob Germanen oder Romanen oder Slaven herrschen sollen, es für Europa war und ist. Das jene Frage in dem reichen, jedoch bröckeligen Kanada noch ganz andere Proportionen annimmt als in Kalifornien, liegt auf der Hand; ebenso daß sie für jeden einzelnen Städler des vorkolonialen eben erst zur Entscheidung gelangenden kanadischen Westens eine in sein persönliches Leben eingreifende, ihn erbitternde Bedeutung besitzt, so daß es der Agitation nicht bedarf. Man sieht es in der Union offenbar auch ganz gern, daß die Kanadier einmal an einer vitalen Frage, so geradezu als Vorkämpfer des amerikanischen Kontinents erleben, wie sie in ihren unerschütterlichen ethnischen Interessen mit dem übrigen Amerika an einem Stränge zu ziehen haben, während das Mutterland um temporärer politischer Bequemlichkeiten willen diese Interessen ihrer wichtigsten Kolonie ohne deren Befragung, loszulassen mit doppelter Rücksicht nach Tokio, eifert. Man hat in der Union das Kanadabüchlein 'Recherches' als einen diplomatischen Erfolg ersten Ranges gefeiert. Mit Recht. Er wirkt im Norden des Kontinents besser als im Süden vermag. Einen noch viel gewichtigeren Dienst aber hat der Washingtoner Diplomat der Ausfall in Vancouver und seine Verhandlung in London geleistet. Welches Kompromiss auch immer für die Augenblick die persönliche Empfindungen zu befähigen vermag, diese Erfahrung muß lange nachwirken.

Sir Wilfrid Laurier hat vor 10 Jahren erklärt: 'Wenn wir nicht näher zusammenkommen, müssen wir unzählbar auseinanderstreifen.' Das Kanadas ähner Handelspolitik und innere Wirtschaftspolitik in der Beziehung zu dem neuen wirtschaftlichen Ansturm an Großbritannien weitreichend kann, hat gerade Kanada in Augenblick noch sehr 'Takt' gezeigt, auf dessen Wanken Kanadas im Augenblick noch sehr zu fürchten hat. Seit 24 Jahren Deutschland und außerdem zu Frankreich hinein. Seit 24 Jahren Kanadas unter Lauriers Leitung begonnen, seine Einmündigkeit in einem nationalen Sinne zu regeln, das heißt im Interesse des weichen kanadischen Kanones europäischer Abhängigkeit. Eine britische Demokratie schickte sich Kanada an, dem farbigen, insbesondere dem gelben Kanone den Platz in einer untergeordneten Arbeiterpolitik und für alle britische Arbeiterpolitik mehr und mehr verbindlich werden. Australien zu folgen und den farbigen Kanone ganz und gar auszuschießen. Seit dem Jahre 1894 hatte Kanada den Beitritt zu dem englisch-japanischen Handelsvertrag offen gelassen. Aber der Fiskal der Dominion hatte den Juli 1896, den letzten Beitrittstermin für Kanada, ungenutzt verstreichen lassen. Industriepolitische, sozialpolitische, aber auch Interessen hatten Laurier veranlaßt, sich diese Chance entgehen zu lassen, eine Chance für den Getreide- und Weizenexport des kanadischen Farmers und den Schienen- und Stahlwarenexport Nordamerikas über die Canadian Pacific die Baget Sound. Bis zum Jahre 1906 blieb der kanadische Premier fest. Dann aber brach er Erwägungen der hohen Reichspolitik, das Opfer seiner Einsicht in Kanadas Spezialverhältnisse.

Bei der Erneuerung des anglo-japanischen Handelsvertrages vor dem Reichstag in London hatte die Erzielung der vollen Gleichberechtigung japanischer Untertanen in allen bürgerlichen Beziehungen eines der für den Übergang der neuen Imperialismus wichtigste Momente des diplomatischen do ut des abgeben. Für Kanada, das sich lange genug in der Form, daß die Kolonie der Beitritt zu dem anglo-japanischen Handelsvertrag, in dem die Gleichberechtigung der Japaner vorgegeben ist, nachträglich bemängelt wurde. Es unterliegt nun keinem Zweifel, daß sowohl von japanischer wie englischer Seite die japanische Einmündigkeit in ganz unbedeutenden Umfang halten werde. Mit dieser Verankerung wenigstens bedingungslos der Minister die Kritik seiner Kandidatur an dem Vertrag. Sofort nach dessen Inkrafttreten am 1. Juli 1906 begann aber die japanische Einmündigkeit in ganzen Schritten. Sir Wilfrid erbot sofort Vorstellungen in London und auch durch deren Einwirkungsgesellschaft bei der japanischen Regierung. Die Verhandlungen sind aber nicht zum Ziel gerückt. Downing Street, das Japan

schneid für den praktisch absoluten Ausschlag seiner Arbeiterbewegung von der Einwanderung nach Australien in irgend einer Form zu entscheiden hat, möchte neuerdings den Vorschlag, daß sowohl Japan als Kanada und Australien ihre Einwanderung gegenseitig auf bestimmte Ziffern beschränken sollen. Dieser 'Ausgleich' würde wenigstens dem Britische Japan, wenn auch nicht seinen wirtschaftlichen Absichten Rechnung tragen, England aber keinen Kolonien gegenüber entlasten. Man glaubt auch in Whitehall, daß Japan zurzeit die Vorteile betreten wird. Oder man sucht das wenigstens die öffentliche Meinung in Kanada und Australien glauben zu machen, um ihr Zeit zur Überlegung zu geben. In japanischen diplomatischen Kreisen hingegen macht man kein Hehl von dem Schmierigkeiten, die einer solchen Lösung entgegenstehen. Man fürchtet der Union daselbst Jagenhändis nicht länger vorzuziehen, nachdem man es einmal Großbritannien gegenüber hat. Man will aber das beste Auswärtigenbüro für den japanischen Fall nicht schließen. Als es schwer mit dem Sozialismus ringendes Land mit überhöhter Bevölkerung, aber geringer Industrie von europäischem Juchwitz kann Japan dieses Opfer gar nicht bringen. Es ist daher verriert, wenn Londoner Regierungsbüro Japan als den idealen Bundesgenossen feiern, der statt kein volles Pfund Fleisch nach den Metriken zu fordern, zu einer Art politischen Molochdienstes bereit ist. Aber auch in Kanada ist man wenig gewillt, die Hand des frohlich erblinden Wallers in Downing Street zu ergreifen. Darüber läßt die Haltung des Kabinetts in Ottawa keinen Zweifel. Die Gewerkschaften sind eine Macht, womit jedes Provinzialkabinet, aber auch die Zentralregierung des Bundesstaates zu rechnen hat. Die kanadischen Gewerkschaften haben den ganzen britischen Liberalismus in ihrem Kampfe gegen die Gleichstellung mit dem japanischen Arbeiter hinter sich. Und sie verlangen nun einmütig die Tilgung der japanischen Gleichberechtigung in dem Handelsvertrag. Sie wollen für immer Herrschaftungen vorbeugen, daß der Japaner die Abhängigkeit zu einer niedrigeren Stufe nicht absteigern kann. Selbst Kanadas Premier sieht neue Überempfindungen. Die Gleichberechtigung ist daher schwer. Denn auch die liberale Regierung in London kann kaum drosseln. Sie hat Transpazifische Selbstregierung in die Ausbreitung der Chinesen geknüpft. Auf jeden Fall wird eine Partei enttäuscht 'abreihen', sei es Kanada oder Japan: Der östliche Waller empfängt seinen Lohn.

Deutsches Reich.

Ständige Kavallerieabteilung im Frieden. Die Unzulänglichkeiten, die von der kaiserlichen Kritik bei der Kavallerie während des Kaisermanders festgelegt sind, haben wieder die Frage brennend gemacht, ob nicht Ständige Kavallerieabteilung eine unvermeidliche Notwendigkeit seien. Bekanntlich gibt es bei jetzt nur eine Kavallerieabteilungsdienst, während bis jetzt nur die Division der Kavallerieabteilung und ihre Stäbe für den Sommer zusammengezogen wurden. Nach Ablauf der Übung wurden die Stäbe und der Verband wieder aufgelöst. Es liegt auf der Hand, daß dieser Vorgang von großem Nachteil für die Organisation und Kriegsfähigkeit der Kavallerie sein müßte. Wie wir erfahren, schwebt darüber schon eingehende Erhebungen, diesen Zustand abzuändern, daß auch im Frieden Ständige Kavallerieabteilungsdienst zu bilden seien. An wachsender Stelle soll dieser Plan einem nicht gewöhnlichen Interesse begegnen.

Knappschäfts-Verein. Die 'Norddeutsche Allgemeine Zeitung' führt in einem Artikel: 'Die neue Knappschäfts-Verein im Kaiserreich und das Oberland' an die Schwierigkeiten an die sich bei den Verhandlungen zwischen den Reichsregierungen und den Mitgliedern des allgemeinen Knappschäftsvereins in Bezug auf die neue Knappschäfts-Verein, die durch die Knappschäfts-Verein vom 12. Juni 1906 erforderlich gemacht ist, erweisen haben. Bei der Verhandlung dieser Schwierigkeiten in der Tagespresse ist die durch die Knappschäfts-Verein nicht zufrieden gewarnt worden, insbesondere nicht hinsichtlich der Forderung der Knappschäfts-Verein bei der weiteren Anbahnung ihrer Verhandlungen. Die 'Norddeutsche Allgemeine Zeitung' führt sehr an der gewöhnlich benutzten Selbstregulation der Knappschäfts-Verein wurde in der am 1. Januar 1908 in Kraft tretenden Knappschäfts-Verein festgelegt. Eine Vereinbarung über den materielle Anhalt der Verhandlungen, wenn es sich um die Erweiterung der Knappschäfts-Verein trat nur insofern ein, als die Verhandlung, wenn die Verhandlung überhaupt nicht zustande kommt, über die die gesetzlich obliegende Selbstregulation über die neue Knappschäfts-Verein nicht vorzunehmen. Die Verhandlung und Einigung der Verhandlungsdauer selbst oder auch durch Verhandlung nicht zustande kommen. Solange die Verhandlungsdauer mangels eines übereinstimmenden Beschlußes der Verhandlung und der Knappschäfts-Verein bis zum 1. Januar 1908 nicht zustande kommt, ist das Oberland an den Verhandlungen selbst, doch nur insofern wie durch die prinzipielle Beschließung der Knappschäfts-Verein festgelegt ist. Nach dem Inhalt der Note und Art der Verhandlungsdauer und der Verhandlungsdauer ist es möglich, daß die Verhandlungsdauer in die Verhandlungsdauer der Verhandlungsdauer anzuwenden.

Das 'Problem'. Einem in der 'Beitrag' 'Mara' unter dieser Überschrift erschienenen Artikel des Reichstagsabgeordneten Konstantin v. Kottwitz entnehmen wir folgende Äußerung des 'Blodes': 'Was ist der Grund für die Unzulänglichkeiten? Das ist die Frage, von deren Beantwortung augenblicklich die politische Orientierung abhängt. Die Parteikonstellation, die durch eine momentane Notlage entstanden ist, hat die Reichsregierung embryonal entstanden ist, durch die letzte Reichsversammlung als Wahlgruppen und politische Leben und wurde vom Wahlkampf ganz von selbst auf den ersten Reichstag übertragen und nunmehr nach französischem Sprachgebrauch 'Blod' genannt. Die Unzulänglichkeiten hatten noch keinen Grund, sich ihm zu entziehen. Sie wollen eine vollständige Führung der Geschäfte auf politischem Verantwortlichkeitsgefühl ermöglichen und die Reichsregierung nicht dem Zentrum ausliefern, sondern sie nicht, solange die Geschäftsführung der Regierung für eine freie Staatsentwicklung Parteipartei verbleibt. Diese Möglichkeit ist etwas sehr gerüht, wenn die Regierung von den Stimmen der Unzulänglichkeiten abhängig ist. Das ist zurzeit der Fall, und darin besteht das Problem: die Regierung muß sich auf die Blodmehrheit stützen, und die Blodmehrheit ist verschwunden, wenn die Unzulänglichkeiten nicht mitstimmen. Vielleicht liegt ein Vorteil auch darin, daß die Mehrheit des Blodes nicht groß genug ist, um auch nur einen Teil der bürgerlichen Blodes entgegen zu können. Wäre diese Linie nicht aller Einsicht der, wenn sie sich diese Lage nicht vergegenwärtigt hätte? Wäre sie nicht dem schimmernden Schirm gründer und persönlicher Geschäftspolitik angedockt, wenn sie sich nicht jetzt daran erinnern würde, daß sie sich nur - nur deshalb um politischen Leben mit seinem unheilvollen Vergnügen beteiligt, um zurückliegende Staatsverrichtungen dem entgegen der Reichsversammlung anzuwenden?'

Zurückwärtiger gegen die künftige Wahlreform. Die 'Samb. Nachr.' die künftige Wahlreform des verarmten Schorinmannherrschaft, werden den Ansturm der künftigen Wahlreform für ihre vorläufigen Absichten auszuweisen. Das auch in der künftigen Wahlreform trotz der erdrückenden Mehrheit in der dritten Klasse kein einziger Sozialdemokrat gewählt wird, erscheint am Hamburger Speckert als ein geradezu idealer Zustand, mit dem man je eher je lieber auch den Reichstag begeben möchte - wohlverstanden nicht durch bessere Belehrung und U m f r a n g der heute noch sozialdemokratisch neigenden Arbeiter,